



Ausländerextremismus

- **Türkische Militäroffensive im syrischen Afrin löst bundesweite Protestwelle in PKK-nahen Kreisen und militante Aktionen gegen türkische und deutsche Einrichtungen aus**
- **Lage in der Türkei verstärkt das Zusammenrücken zwischen der PKK und deutschen linksextremistischen Gruppen**
- **Gewaltneigung junger PKK-Anhänger steigt weiter an**

Aktuelle Entwicklungen

Seit dem 20. Januar führt das türkische Militär die Operation „Olivenzweig“ im kurdisch dominierten Norden von Syrien durch. Die Bodenoffensive richtet sich nach offizieller türkischer Darstellung gegen die syrisch-kurdischen „Volksbefreiungseinheiten“ (YPG), den bewaffneten Arm der syrischen PKK-Fraktion „Partei der Demokratischen Union“ (PYD), und hatte das ursprüngliche Ziel, die von der YPG kontrollierte Stadt Afrin einzunehmen. Nach der türkischen Einnahme der Stadt am 18. März wurde die militärische Operation auf das Gebiet um Manbidsch ausgeweitet.

Anhänger der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) in Deutschland und in Bayern reagierten auf die türkische Militäroffensive mit zahlreichen Protestaktionen. Dabei handelte es sich vorwiegend um stationäre Kundgebungen, teils auch um Demonstrationen. Zudem wurden nahezu täglich Informationsstände durchgeführt,

z. B. in München und Nürnberg. Nach der Einnahme der Stadt Afrin nahm die Zahl der Kundgebungen in Bayern insgesamt ab, es kam jedoch weiterhin zu größeren Veranstaltungen mit Beteiligung des PKK-nahen Spektrums. Die Veranstaltungen fanden unter anderem auch auf Initiative deutscher linksextremistischer Organisationen statt.

Die weitere Entwicklung in diesem Konflikt wird vornehmlich von der Situation in der Türkei abhängen.

Aktivitäten



Foto: dpa/picture alliance
Fotograf: Rainer Jensen

Die im Zusammenhang mit der türkischen Afrin-Offensive bislang größte Kundgebung im Bundesgebiet fand am 27. Januar in Köln statt. Sie wurde durch den Dachverband PKK-naher Vereine „Demokratisches Gesellschaftszentrum der KurdInnen in Deutschland“

(NAV-DEM) organisiert. Unter den ca. 13.000 Teilnehmern befanden sich auch Demonstran-

ten, die aus Bayern angereist waren. So wurden u. a. Busabfahrten aus Ingolstadt, München und Nürnberg bekannt. Da die Demonstrationsteilnehmer wiederholt zahlreiche Fahnen mit verbotenen Symbolen der PKK zeigten, löste die Polizei die Versammlung vorzeitig auf. Im Umfeld der Demonstration kam es zu körperlichen Auseinandersetzungen von Demonstrationsteilnehmern mit der Polizei. An der Demonstration nahmen auch Personen aus dem linksextremistischen Spektrum teil.

Anfang Februar wurden erneut bundesweit – wiederum unter Beteiligung aus dem linksextremistischen Bereich – zahlreiche Versammlungen durchgeführt.

In Bayern war dies in folgenden Städten der Fall:

- Aschaffenburg (ca. 170 Teilnehmer)
- Bamberg (ca. 200 Teilnehmer)
- Ingolstadt (ca. 100 Teilnehmer)
- München (bis zu 1.000 Teilnehmer)
- Nürnberg (bis zu 600 Teilnehmer)

- Regensburg (ca. 130 Teilnehmer)
- Augsburg (ca. 300 Teilnehmer)

Bei den genannten Veranstaltungen wurde der türkische Einmarsch in Afrin in teils hochemotionalen Redebeiträgen kritisiert und ein Ende deutscher Waffenlieferungen an die Türkei gefordert.

Kurz nach der Einnahme der Stadt Afrin durch türkische Truppen am 18. März besetzten am 20. März ca. 20 kurdische Aktivisten und Personen aus dem links-extremistischen Spektrum die SPD-Zentrale in München. Seitens der SPD-Zentrale wurden gegen alle Besetzer strafrechtliche Schritte eingeleitet. Zudem fanden erneut an mehreren Orten in Bayern Kundgebungen mit teils hohen Teilnehmeranzahlen statt:

- München (20. März) ca. 150 Teilnehmer, Thema „Newroz Neujahrsfest der Kurden. Frieden, Demokratie und Freiheit für Kurdistan“
- Nürnberg (20. März) ca. 250 Teilnehmer, Thema „Frieden und Freiheit für alle Völker im Mittleren und Nahen Osten – Newroz pirozbe“
- Augsburg (21. März) ca. 190 Teilnehmer; Thema „Solidarität mit Afrin“
- München (21. April) ca. 500 Teilnehmer, Thema „Free Afrin“

Erhöhtes Konfliktniveau

Bundesweit kam es parallel zu den Protestaktivitäten des PKK-nahen Spektrums zu Sachbeschädigungen an türkischen Einrichtungen sowie vereinzelt zu Provokationen und Auseinandersetzungen zwischen türkischen und kurdischen Personen sowie Gruppen. Am 19. März wurde in Ulm ein Brandanschlag auf eine türkische Moschee der „Islamischen Gemeinde Milli Görüş“ (IGMG) verübt. Als Tatverdächtige konnten mehrere kurdische Personen identifiziert werden, darunter vier mit Wohnsitz in Bayern.

In Bayern gab es lediglich kleinere Vorfälle im Zusammenhang mit Versammlungen. Am 3. Februar kam es bei einer Versammlung auf dem Nürnberger Hallplatz

aufgrund von provokativen Bemerkungen einiger Passanten zu Auseinandersetzungen mit Versammlungsteilnehmern. Den Polizeikräften gelang es letztendlich, die aufgebrachte Menge zurückzuhalten. Aus der Aufzugsmenge heraus wurde gezielt ein Stock gegen einen Polizeibeamten geworfen, der im Gesichtsbereich getroffen und an der Stirn verletzt wurde. Der Täter konnte nach Beendigung der Versammlung durch Polizeikräfte festgenommen werden.

In München provozierten während einer Demonstration am 3. Februar Passanten immer wieder durch das Zeigen des „Wolfsgrußes“, das Erkennungszeichen der türkisch-rechtsextremistischen Ülkücü-Bewegung („Graue Wölfe“). Dies führte zu Gegenreaktionen seitens der pro-kurdischen Demonstrationsteilnehmer und mehreren kleinen Rangeleien, die durch die Polizei geschlichtet werden mussten.

Im Rahmen einer pro-kurdischen Versammlung am 5. Februar in Augsburg musste die Polizei die kurdischen Versammlungsteilnehmer von einer Gruppe von ca. 50 Personen mit türkischem Hintergrund trennen. In der pro-kurdischen Versammlung herrschte eine aufgeheizte Stimmung, v. a. wegen der vereinzelt gezeigten türkischen Flaggen. Die Versammlungsgegner mussten immer wieder mittels unmittelbaren Zwangs abgedrängt werden.

Rolle der Jugendorganisationen

Die offizielle Leitlinie der PKK für ihre Anhänger in Europa lautet, friedlich zu bleiben und sich auf die legalen Möglichkeiten des Protests zu beschränken. In den letzten Monaten zeichnete sich jedoch eine steigende Gewaltneigung vor allem bei jüngeren PKK-Anhängern ab, was insbesondere im Zusammenhang mit den bundesweiten Anschlägen gegen vornehmlich türkische Einrichtungen deutlich wurde. Sowohl im Vorfeld als auch im Nachgang der Angriffe wurden mitunter Tatbekenntnisse auf einschlägigen Webseiten des PKK-nahen und linksextremistischen Spektrums veröffentlicht. Hierbei handelte es sich vor allem um Veröffentlichungen von Jugendorganisationen, die der PKK nahestehen.

Im Vorfeld einer Brandanschlagsserie im März etwa hatte die „Apoistische Jugendinitiative“ eine schriftliche Erklärung veröffentlicht, in der sie bekannt gab, den „Krieg auf Europas Straßen“ tragen zu wollen. Weiter heißt es in der Erklärung: *„Unsere linken Freundinnen und Freunde haben für viele Länder und Städte Europas radikale Aktionen angekündigt [...]. Als apoistische Jugend schließen wir uns*

diesen Aktionen an. [...] Wenn uns niemand zuhören will werden wir jede Innenstadt Europas in Schutt und Asche legen.“

Die „Apoistische Jugendinitiative“, die in Bayern 2016 durch einzelne, teils militante Aktionen bekannt wurde, wird dem PKK-Umfeld zugerechnet. Obwohl keine erkennbar festen Strukturen hinter der Initiative stehen, ist davon auszugehen, dass die Bezeichnung von jungen, aktionsorientierten PKK-Anhängern genutzt wird. Der Gruppenname leitet sich ab von dem kurdischen Wort „Apo“ (Onkel), mit dem PKK-Anhänger den Gründer und derzeit in der Türkei inhaftierten Anführer der PKK, Abdullah Öcalan, bezeichnen.

Zusammenarbeit mit Linksextremisten

Zwischen der PKK und deutschen linksextremistischen Gruppen kam es in den vergangenen Jahren immer wieder zur themenbezogener Kooperation und gegenseitiger Unterstützung. Die PKK stellt sich in ihrem u.a. auf marxistisch-leninistischen Grundsätzen beruhenden Gründungsmanifest als eine revolutionäre Partei des Proletariats und der Bauern auf Grundlage des Wissenschaftlichen Sozialismus dar. Dadurch ergibt sich eine starke ideologische Nähe zu deutschen linksextremistischen Gruppierungen. Eine Zusammenarbeit erfolgt vorwiegend dann, wenn sich die vom linksextremistischen Spektrum besetzten Aktionsfelder wie z. B. Antiimperialismus oder Antimilitarismus und das von der PKK besetzte Themenpotenzial überschneiden.

Die türkische Militäroffensive in Afrin löste ein erneutes Zusammenrücken beider Lager aus. Zahlreiche Protestkundgebungen gegen das türkische Vorgehen in Nordsyrien fanden in Deutschland und Bayern unter maßgeblicher Beteiligung bzw. auf Initiative der linksextremistischen Szene statt. Im Zusammenhang mit der bundesweiten Anschlagsserie gegen vorwiegend türkische Einrichtungen gab es auch Bezüge zu deutschen Linksextremisten. Auf linksextremistischen Foren und Internetseiten wurden unter dem Schlagwort „fight4afirin“ entsprechende Straftaten bejubelt sowie Gewaltaufrufe der PKK nahestehender Organisationen veröffentlicht.

Anlass für die neue Soldarisierungsdynamik ist auch der Umstand, dass das bisherige Modell der kurdischen Selbstverwaltung in der Region Rojava, zu der auch

der Kanton Afrin zählt, unter Linksextremisten als „radikal-demokratisches“ Projekt angesehen wird. Die Herrschaft der mit der PKK assoziierten kurdischen Milizen in der Region, im Rahmen derer angeblich über ethnische und religiöse Unterschiede hinweggesehen wird und Frauen eine gleichberechtigte gesellschaftliche Stellung zukommt, stellt für deutsche Linksextremisten ein vorbildliches Konzept im Sinne einer „herrschaftsfreien“ und „selbstverwalteten“ Gesellschaftsordnung dar.

Die aktuelle Nähe zwischen dem PKK-Lager und deutschen linksextremistischen Gruppen zeigte sich auch im Rahmen der Demonstrationen gegen die 54. Münchner Sicherheitskonferenz vom 16. bis 18. Februar. Höhepunkt der Proteste gegen die Konferenz war die Demonstration des linksextremistisch beeinflussten „Aktionsbündnisses gegen die NATO-Sicherheitskonferenz“ am 17. Februar in der Münchner Innenstadt, an der sich ca. 2.200 Personen beteiligten. PKK-Anhänger hatten im Vorfeld in sozialen Medien zur Teilnahme an der Demonstration und zur Bildung eines sogenannten „Afrin-Blocks“ aufgerufen. Dem Aufruf folgten ca. 150 bis 200 Personen aus dem PKK-Umfeld.